

Innovation und Partizipation

Klimawandel? Kein Problem!
Wir freuen uns doch alle über wärmere Sommer!

FATIMA GEMALE* | ÄTHIOPIEN

Klimawandel stoppen – Öko-Strom jetzt!

Noch immer entstehen in Deutschland bei der Verstromung von Kohle, Gas und Öl rund 2 Tonnen klimaschädliches CO₂ pro Haushalt und Jahr. Die Auswirkungen sind weltweit zu spüren.

naturstrom ENERGIE MIT ZUKUNFT

Eine Welt Netz NRW

Zukunftsaufgabe Klimaschutz

Die gute Nachricht vorneweg: Am 23. Januar 2013 hat Nordrhein-Westfalen als erstes deutsches Bundesland ein Klimaschutzgesetz verabschiedet. Damit verpflichtet sich NRW, seine Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 25 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Zugespißt formuliert: Nordrhein-Westfalen bekennt sich zum Klimaschutz, während der Rest der Welt über Sinn und Finanzierung wirksamer Klimaschutzmaßnahmen streitet oder den Klimawandel ganz einfach leugnet.

Arg vereinfacht, gewiss. Doch zu dieser bitteren Erkenntnis mag gelangen, wer die dürftigen Ergebnisse der Weltklimagipfel in den vergangenen Jahren betrachtet. Auch in Doha/Katar wurde im Dezember 2012 bestenfalls ein Minimalkompromiss erzielt: Das Kyoto-Protokoll wurde um weitere acht Jahre bis 2020 verlängert, ein Arbeitsplan für den Weg zu einem Kyoto-Nachfolgeabkommen verabredet.

Das Eine Welt Netz NRW und die Düsseldorfer NATURSTROM AG treten gemeinsam für Klimaschutz und Energiewende ein. Mit einer Plakatkampagne an Bahnhöfen in Nordrhein-Westfalen rufen die Partner den globalen Klimawandel zurück ins öffentliche Gedächtnis.

→ weiter auf Seite 3



Foto: Bettina Filmer / medica mondiale

„Transgenerationelle Traumatisierung“
Ein Gespräch mit Monika Hauser von *medica mondiale*
→ Seite 5



Zu kurz gesprungen
Eine-Welt-Strategie des Landes Nordrhein-Westfalen
→ Seite 6

Foto: Fotolia



Foto: Imperial War Museum, London

WAS WURDE AUS...
den Projekten zum Thema „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg?“
→ Seite 10



STIFTUNG UMWELT UND ENTWICKLUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am 11. Dezember 2012 hat das nordrhein-westfälische Kabinett die neue Eine-Welt-Strategie des Landes beschlossen. Mit einer Auftaktveranstaltung im Mai 2011 hatte Ministerin Angelica Schwall-Düren eingeladen, sich an der Erarbeitung dieser Strategie zu beteiligen. Diese Beteiligung sollte im Wesentlichen durch eine Online-Konsultation realisiert werden, die die Staatskanzlei anspruchsvoll als „Open-Government-Prozess“ bezeichnete. „Die Eine-Welt-Strategie ist der politische Orientierungsrahmen für alle politischen Aktivitäten, mit denen das Land Einfluss auf die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas nimmt und seine Bezie-

hungen zu diesen Gesellschaften gestaltet. (...) Die Eine-Welt-Strategie legt die Schwerpunkte und wesentlichen Ziele der Eine-Welt-Politik des Landes fest, definiert ihre zentralen Instrumente und Verfahren und legt mögliche Zwischenziele fest.“ So heißt es auf der Website, die für den Konsultationsprozess eingerichtet wurde.

Es sollten die Potenziale des Landes wie auch hemmende Faktoren zu einer wirkungsvollen Eine-Welt-Politik identifiziert werden, ebenso die Strukturen, Instrumente und Verfahren zu ihrer Umsetzung. Als ihre wesentlichen Träger wurden die Landesverwaltung, Kommunen, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft genannt.

Die Konsultation endete am 11. September 2011. Die ernüchternden Zahlen: 266 Personen meldeten sich bei der Plattform an, davon allerdings etwa ein Drittel

ohne jegliche weitere Aktivität. Die Aktiven schrieben 253 Beiträge und 551 Kommentare zu diesen Beiträgen, gaben 508 Bewertungen ab („Find ich gut“) und fügten der Plattform 236 Uploads und Ergänzungen zu. Die Beiträge und Kommentare des Konsultationsprozesses ergaben ein Potpourri aus Eindrücken, Anregungen, Meinungen und Wünschen. Die meisten waren weit weg von einer systematischen Durchdringung des jeweiligen Handlungsfeldes. Die nach Ende der Konsultation unternommenen Versuche, die Äußerungen zusammenzufassen, führten deshalb auch nur zu widersprüchlichen Texten, die weder Potenziale und Defizite schlüssig

benannten, noch die erforderlichen Strukturen, Instrumente, Methoden und Verfahren plausibel identifizierten. Die analytischen Anstrengungen, die normalerweise am Anfang einer Strategie-Entwicklung stehen müssen, kann eine Online-Konsultation allein offensichtlich nicht leisten.

Die vorzeitige Neuwahl des Landtages mit der nachfolgenden Neukonstitution der Regierung hat den weiteren Prozess verzögert. Die Staatskanzlei nutzte die Zeit, um entwicklungspolitische Fachleute einzubeziehen. Das so entstandene Dokument ist wesentlich besser geworden als die ersten Entwürfe. Es ist allerdings dann vor seiner Verabschiedung nicht mehr öffentlich zur Diskussion gestellt worden. In dem Artikel auf Seite 6/7 versuchen wir eine kritische Auseinandersetzung mit dem nun vom Landeskabinett verabschiedeten Ergebnis.

Sicher haben Sie bemerkt, dass unser Rundbrief mit dieser Ausgabe einen Namen bekommen hat: Resultate. Wir verstehen ihn als Botschaft mit dreifachem Sinn. Erstens sind wir überzeugt, dass die Förderarbeit unserer Stiftung zu Resultaten führt. Einige davon stellen wir Ihnen in diesem Rundbrief regelmäßig vor. Zweitens sind die Ziele, denen wir verpflichtet sind, riesengroße Herausforderungen. Unsere Artikel machen Problemlagen und Handlungserfordernisse deutlich und fordern dazu auf, zu Resultaten zu kommen. Drittens sind viele Fragen alles andere als klar und müssen analysiert und diskutiert werden. Auch dazu versuchen wir, nach unseren Möglichkeiten unsere Beiträge zu leisten, und insofern liefern wir mit dem Rundbrief auch Diskurs-Resultate ab.

Ich hoffe, unsere „Resultate“ erweisen sich Ihnen als erkenntnisreich und unterstützen Sie dabei, sich auf Ihre Weise selber ans Werk zu machen.

Bleiben Sie engagiert!
Ihr Eberhard Neugebohm



Innovation und Partizipation

Einige europäische Länder verpflichteten sich zu überschaubaren Finanzhilfen an Entwicklungsländer, um diese bei Klimaschutzmaßnahmen und der Bewältigung von Klimafolgen zu unterstützen. Das war es auch schon.

Die Schuldigen sind schnell gefunden. Große Emittenten wie China oder die USA weigern sich nach wie vor, einem verpflichtenden Abkommen zur Reduzierung ihrer Treibhausgase beizutreten. Länder wie Kanada oder Russland fürchten um den Absatz ihrer fossilen Energieträger, und Polen sowie die Ukraine sperren sich gegen eine Verschärfung des Handels mit überschüssigen CO₂-Verschmutzungsrechten (zum Emissionshandel siehe auch den Beitrag auf S. 4).

Und bei uns? Die Bundesregierung will bis zum Jahr 2020 den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ in Deutschland um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 verringern. Ende 2011 lag die Reduzierung bei 26,5 Prozent. Ebenfalls bis 2020 soll der Anteil regenerativ erzeugten Stroms bei uns auf 35 Prozent steigen. Für 2012 gehen Experten von rund 23 Prozent aus. Damit scheint Deutschland – zumal im internationalen Vergleich – auf einem guten Weg.

Mehr Tempo

Doch es gibt auch warnende Stimmen, und die haben Gewicht. Eine davon gehört dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Hans-Joachim Ziesing, der im Auftrag der Bundesregierung die Fortschritte bei der Energiewende überwacht. In einem Aufsatz für das Fachmagazin „Energiewirtschaftliche Tagesfragen“ machte Ziesing insbesondere das milde Wetter für die Emissionsrückgänge im Jahr 2011 verantwortlich. Ohne diese Effekte sei der CO₂-Ausstoß in Deutschland sogar wieder leicht angestiegen, vor allem durch den höheren Anteil der Braunkohleverstromung nach dem Atomausstieg. Und die vorläufigen Zahlen des Umweltbundesamtes zeigen für 2012 einen weiteren Anstieg der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozent.

Nicht nur nach Ansicht von Ziesing müssen die erneuerbaren Energien inklusive der entsprechenden Infrastruktur zügig ausgebaut sowie die Energieeffizienz deutlich verbessert werden. Nach Berechnungen der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) aus dem September 2012 könnte Deutschland seine Energiekosten bis zum Jahr 2020 um nahezu 33 Milliarden Euro senken, wenn bislang unerschlossene Effizienzpotenziale – vor allem bei Gebäuden und im Verkehrssektor – genutzt würden. Dazu bedürfe es klarer politischer

Rahmenbedingungen sowie weitreichender finanzieller Anreize und Investitionen. Diese Mittel allerdings werden durch den nicht funktionierenden Emissionshandel immer knapper (siehe S. 4). Um hier gegenzusteuern, hat die Bundesregierung im Dezember 2012 eine Aufstockung des Fördervolumens für die Sanierung privater Gebäude um 2,4 Milliarden Euro beschlossen.

Immerhin ist nach zähem Ringen im Dezember letzten Jahres die EU-Energieeffizienz-Richtlinie in Kraft getreten. Damit soll der Primärenergieverbrauch der EU-Staaten bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent reduziert werden. Die EU-Mitgliedstaaten müssen dazu ab 2014 jährlich 1,5 Prozent ihres jeweiligen durchschnittlichen Endenergieabsatzes der Jahre 2010 bis 2012 einsparen. Bis Juni 2014 muss die Richtlinie in nationales Recht umgesetzt werden.

Netzausbau mit Hindernissen

Regenerative Energie muss nicht nur erzeugt, sondern auch verteilt werden. Ohne neue Leitungen und einen Ausbau der Speicherkapazitäten ist die Energiewende nicht zu haben. Eine technische und finanzielle Herausforderung, die zudem vielerorts vom Misstrauen der betroffenen Bürger begleitet wird. Um die Aversionen gegen neue Strommasten vor der Haustüre oder Pumpspeicherkraftwerke im nahe gelegenen Erholungsgebiet abzubauen, bedarf es eines umfassenden Partizipationsprozesses.

Die zuständige Bundesnetzagentur hat im November 2012 den überarbeiteten Netzentwicklungsplan vorgelegt, auf dessen Grundlage der nationale Bedarf an neuen Höchstspannungsleitungen festgelegt werden soll. Genehmigt wurden 51 Neu- und Ausbauprojekte mit Höchstspannungsleitungen auf 2.800 km Länge. Für Nordrhein-Westfalen sieht der Netzentwicklungsplan derzeit 34 Neu- und Umbauprojekte vor. Die nordrhein-westfälischen Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU haben insbesondere die aus ihrer Sicht nur eingeschränkte Prüfung des energiewirtschaftlichen Bedarfs, die fehlenden Alternativprüfungen sowie die lückenhafte und beschönigende Darstellung von Umweltrisiken heftig kritisiert.

Anspruchsvolle Aufgabe

Auch mit einem Landesklimaschutzgesetz bleibt der Umbau der nordrhein-westfälischen Energiepolitik eine große Herausforderung. Es gibt einiges aufzuholen: In NRW werden rund ein Drittel der in Deutschland entstehenden

Treibhausgase emittiert, 30 Prozent des Stroms für Deutschland, knapp ein Viertel des Stroms für Privathaushalte und 40 Prozent des Industriestroms verbraucht. Nur rund sieben Prozent des Strombedarfs und drei Prozent des Wärmebedarfs werden bislang durch erneuerbare Energien gedeckt.

Die Folgen des Klimawandels sind in Nordrhein-Westfalen schon heute zu spüren. Nach Angaben des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) hat sich der Beginn der Vegetationszeit zwischen 1951 und 2009 um 16 Tage nach vorne verlagert, die mittlere Wassertemperatur des Rheins seit 1978 um 1,2 Grad Celsius zugenommen. Seit den 2000-er Jahren treten vermehrt lokale Starkregenereignisse auf, die zu Erosionsschäden an Gebäuden, Verkehrseinrichtungen und auf landwirtschaftlichen Flächen führen.

Zauberwort Partizipation

Ein Klimaschutzplan soll als „Road Map für eine neue Klimaschutzpolitik“ dienen, so das Landesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz. Dabei möchte die Landesregierung möglichst viele gesellschaftliche Gruppen einbinden. Derzeit entwickeln Experten aus Wissenschaft, Verwaltung, Unternehmen und Verbänden in sechs Arbeitsgruppen Vorschläge für Klimaschutzstrategien und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. In einer zweiten Phase des zunächst auf fünf Jahre angelegten Partizipationsprozesses werden Bürger, Unternehmen und Kommunen auf einer Reihe von Veranstaltungen dazu Stellung nehmen und ihre Interessen einbringen.

Auch für die Stiftung gehört zu einer wirksamen Klimaschutzpolitik die Beteiligung der Bevölkerung. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich solche Projekte, die einen substanziellen Beitrag der Zivilgesellschaft zum Klimaschutz leisten wollen. Dazu zählt sicher der Versuch von fairPla.net, einer internationalen Genossenschaft für Klima, Energie und Entwicklung, praktikable Klimaschutzfinanzierungskonzepte unter Einbindung von Unternehmen und Bürgern zu entwickeln (Projektdatenbank Z-5211). Und dazu gehört insbesondere der neu gegründete Initiativkreis Klimaschutz NRW (mehr dazu in den nächsten „Resultaten“), der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik in Nordrhein-Westfalen zusammenbringen und die Umsetzung und Weiterentwicklung des Klimaschutzplanes konstruktiv begleiten will.

Bernd Pieper



Gute Idee, aber ...

Der Problemfall Emissionshandel

Das Prinzip ist einfach. Für jede der aktuell über 12.000 Industrie- und Energieanlagen, die am europäischen Emissionshandel teilnehmen, wird eine Obergrenze (der sogenannte „Cap“) des jährlichen CO₂-Ausstoßes festgelegt. Wer darüber hinaus Treibhausgase emittieren will, muss Zertifikate von solchen Unternehmen kaufen, die weniger als erlaubt emittiert haben. Das Europäische Emissionshandelssystem (EU ETS) steuert den Handel von Emissionsberechtigungen zwischen Unternehmen. In Deutschland ist die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt für die Zuteilung der Berechtigungen zuständig.

In der ersten Handelsperiode (2005 bis 2007) wurden die Emissionsberechtigungen kostenlos zugeteilt. Für die zweite Handelsperiode (2008 bis 2012) wurde die Zahl der jährlichen Berechtigungen um rund zehn Prozent reduziert. Mit Beginn der dritten Handelsperiode im Jahr 2013 treten weitere Restriktionen in Kraft. Unter anderem müssen Stromerzeuger ihre Zertifikate vollständig ersteigern. Für Teile der produzierenden Industrie soll der Auktionsanteil von derzeit 20 Prozent bis zum Jahr 2027 auf 100 Prozent ansteigen. Industriebranchen mit einer hohen Kostenbelastung durch Emissionen, die um ihre Wettbewerbsfähigkeit fürchten, erhalten ihre Zertifikate bis zum Ende der dritten Handelsperiode im Jahr 2020 kostenlos.

Ein funktionierender Handel mit Emissionsrechten soll Investitionen in effiziente und klimafreundliche Technologien auslösen, um künftige Emissionen – und damit Kosten – zu

reduzieren oder ganz zu vermeiden. So dürfte sich das auch der US-Ökonom John H. Dawles gedacht haben, als er in seinem 1968 veröffentlichten Buch „Pollution, Property and Prices“ erstmals einen marktwirtschaftlichen Ansatz zur Reduzierung der anthropogenen Treibhausgasemissionen skizzierte. Und ähnliches werden auch die Staats- und Regierungschefs im Sinn gehabt haben, als sie 1997 in Kyoto das Zusatzprotokoll zur Klimarahmenkonvention unterzeichneten und damit den Startschuss zum Emissionshandel gaben.

Die heutige Realität allerdings ist ernüchternd. Mussten Unternehmen Anfang des Jahres 2011 noch 17 Euro für den Ausstoß einer Tonne Kohlendioxid – und damit für ein Zertifikat – bezahlen, sind es derzeit nur noch knapp vier Euro. Ein Grund dafür ist der anhaltende Überschuss an kostenlosen Zertifikaten. Außerdem erlauben es die im Kyoto-Protokoll festgelegten Instrumente Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI) den beteiligten Unternehmen, außerhalb von Europa erbrachte Emissionsreduktionen – etwa durch Investitionen in Klimaschutzprojekte – im EU-Emissionshandelssystem anzurechnen. Auch die anhaltende Wirtschaftskrise in Europa trägt zu einem geringeren Energieverbrauch – und damit zu einem Überschuss an Emissionsrechten – bei.

Die EU-Kommission will jetzt die Zahl der ausgegebenen Rechte verknappen und so den Wettbewerb wieder in Schwung bringen. Rund 900 Millionen Zertifikate sollen nicht jetzt,

sondern erst nach 2015 versteigert werden. Während Umweltminister Peter Altmaier (CDU) diesen Vorschlag unterstützt, lehnt Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) eine Reform bislang ab – „um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie nicht zu gefährden“, so das Wirtschaftsministerium in einer Meldung vom 23. Januar.

Dabei sollte gerade Deutschland ein großes Interesse an einem funktionierenden Emissionshandel haben: Bei einem anhaltend niedrigen Preis pro Tonne CO₂ können sich die Einnahmen des nationalen Energie- und Klimafonds (EKF) alleine im Jahr 2013 gegenüber der ursprünglichen Planung um bis zu 1,4 Milliarden Euro verringern. Aus diesem Topf sollen internationale und nationale Klimaschutzprojekte finanziert werden, insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz.

Will der Emissionshandel als wirksames Klimaschutzinstrument eine Chance haben, müssen die nationalen Egoismen überwunden und vor allem die zahlreichen Ausnahmeregelungen schrittweise reduziert werden. Denn dass die Idee im Prinzip gut ist, wird wohl kaum jemand bestreiten. Derzeit prüft das Umweltbundesamt, wie auch die Landwirtschaft in den Emissionshandel einbezogen werden kann. Und im Dezember 2012 hat Kalifornien als erster US-Bundesstaat mit der Versteigerung von Zertifikaten begonnen. Die stärkste nordamerikanische Volkswirtschaft will ihren Ausstoß an Treibhausgasen bis 2020 um 17 Prozent reduzieren.

Bernd Pieper

„Transgenerationale Traumatisierung“

Ein Gespräch mit **Monika Hauser** von *medica mondiale*

Ende 1992 fährt die Gynäkologin Monika Hauser auf eigene Faust nach Bosnien. Dort herrscht Krieg, unzählige Frauen und Mädchen werden vergewaltigt. Monika Hauser will helfen, stößt aber bei anderen Hilfsorganisationen auf Desinteresse. Gemeinsam mit bosnischen Ärztinnen und Psychologinnen gründet sie in der zentralbosnischen Stadt Zenica den Verein *Medica Zenica*, der die Frauen medizinisch und psychosozial unterstützt. 1994 eröffnet Monika Hauser in Köln mit fünf Mitarbeiterinnen das Büro von *medica mondiale*.

Heute ist *medica mondiale* mit eigenen Projekten oder über Partnerinnen vor Ort in weiteren Ländern wie Afghanistan, Liberia oder Uganda aktiv. Die Organisation unterstützt Frauen in Kriegs- und Krisengebieten, von der medizinischen Versorgung über psychosoziale Beratung und juristischen Beistand bis zu beruflicher Existenzsicherung. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu sexualisierter Gewalt sowie der weltweite Einsatz für die Rechte von Frauen.

Monika Hauser wurde für ihre Arbeit vielfach ausgezeichnet, unter anderem 2008 mit dem Right Livelihood Award, dem sogenannten Alternativen Nobelpreis. Im Dezember 2012 erhielt sie für ihren herausragenden humanitären Einsatz in Kriegs- und Krisengebieten den Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen.

SUE: Frau Hauser, sind 20 Jahre medica mondiale eine Erfolgsgeschichte?

Hauser: Auf jeden Fall. Alleine die Tatsache ist bemerkenswert, dass es uns noch gibt, dass

wir gewachsen sind und unsere Arbeit ausweiten konnten – trotz vieler Hindernisse.

Welche Hindernisse meinen Sie?

Vor allem finanzielle und politische Hindernisse. Sexualisierte Gewalt ist nur dann ein öffentliches Thema, wenn ein Krieg stattfindet oder – wie zuletzt in Indien – besonders schockierende Fälle bekannt werden. Das macht es nicht immer leicht, Ressourcen für unsere Arbeit zu mobilisieren.

Und politisch?

Deutschland hat jetzt nach zwölf Jahren die UN-Resolution 1325 „Frieden, Frauen und Sicherheit“ in einen nationalen Aktionsplan umgewandelt. Spät, aber immerhin. Damit existiert ein detaillierter Maßnahmenkatalog zu wichtigen Themen, etwa die Beteiligung von Frauen an Friedensverhandlungen, der Schutz von Frauen und Mädchen in Krisengebieten oder die Strafverfolgung der Täter von sexualisierter Gewalt. Ohne eine verbindliche Strategie zur Umsetzung dieser Maßnahmen allerdings wird der nationale Aktionsplan keine Wirkung entfalten können.

Das heißt, Sie vermissen den ernsthaften politischen Willen?

Im Auswärtigen Amt beschäftigt sich ein Mann mit Genderpolitik, und dabei auch mit sexualisierter Gewalt und deren Folgen. Das ist fast nichts. Wir erwarten aber, dass bei jedem Besuch der deutschen Kanzlerin oder des Außenministers in Ländern mit massiver sexualisierter Gewalt dieses Thema angesprochen wird. Und so schön es ist, dass der Einsatz gegen sexualisierte Gewalt jetzt als

„Querschnittsaufgabe“ begriffen wird, die alle politischen Bereiche umfasst: diese Vokabel wird auch gerne verwendet, um Nichtstun zu kaschieren.

Sie konstatieren einen Widerspruch zwischen Rhetorik und Praxis in der deutschen Außenpolitik?

Ja.

Ist es nicht ohnehin so, dass wir gerne empört mit dem Finger auf andere zeigen und dabei die Situation der Frauen und Mädchen bei uns ignorieren? Und zwar jenseits der Brüderle-Debatte?

Es ist mir sehr wichtig, zwischen sexualisierter Gewalt und frauenfeindlicher, übergriffiger Rhetorik zu unterscheiden. Andererseits zeigt nicht nur die Brüderle-Debatte, wie viel an Aufklärung bei uns noch zu leisten ist. Doch halten wir uns an die Fakten. Eine Richterin am Landgericht Essen spricht den Vergewaltiger einer 15-Jährigen frei, weil sie sich nicht „genügend laut und tatkräftig“ gewehrt hat. 2011 wurden laut polizeilicher Kriminalstatistik fast 300 deutsche Frauen von ihren Ehemännern ermordet. Nach einer 2004 vom damaligen Frauenministerium in Auftrag gegebenen Umfrage zur häuslichen Gewalt gegen Frauen haben 40 Prozent der befragten Frauen seit ihrem 16. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt.

Wie lässt sich diese Situation verändern?

Wir müssen die Sprachlosigkeit überwinden. Die patriarchalen Realitäten auch hierzulande müssen endlich bearbeitet werden. Dazu kommt, dass die Verdrängung der eigenen Schuld und der eigenen Erlebnisse nach 1945 zu einer transgenerationalen Traumatisierung geführt hat, die bis heute nachwirkt. Auf einem solchen Nährboden kann ein angst- und gewaltfreies Miteinander nur schwer gedeihen. So viele Frauen haben über ihre Gewalterfahrungen während des Krieges geschwiegen. Und ich habe einen Mann getroffen, der nicht sterben wollte, ohne zu erzählen, wie viele Russinnen er während des 2. Weltkriegs vergewaltigt hat. Ich bin überzeugt, dass solche Traumata auch in der Enkelgeneration tief in unserer Gesellschaft verwurzelt sind. Es wird höchste Zeit, darüber zu reden und einen Transformationsprozess zu beginnen, der uns selbst betrifft.

→ Weitere Informationen unter www.medicamondiale.org



Monika Hauser besucht das *medica mondiale*-Projekt in Liberia (Foto: Sybille Fezer/*medica mondiale*)

EINE - WELT - STRATEGIE DES LANDES

Zu kurz gesprungen

Eine-Welt-Strategie des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Dezember 2012 hat das nordrhein-westfälische Kabinett die neue Eine-Welt-Strategie des Landes verabschiedet. Das Dokument beginnt relativ stark. Im ersten Kapitel schlägt es einen Bogen vom Bericht der von Willy Brandt geleiteten Nord-Süd-Kommission aus dem Jahr 1980 über die Agenda 21 und die vorjährige Rio+20-Konferenz bis zu den für die Zeit nach 2015 ins Auge gefassten „Sustainable Development Goals“. Als Herausforderungen werden unter anderem der Klimawandel, globale Umweltveränderungen und unsere nicht-nachhaltigen Konsum- und Produktionsweisen genannt, die die begrenzten materiellen und natürlichen Ressourcen verbrauchen und die Lebenschancen zukünftiger Generationen und der Menschen in Entwicklungsländern unterminieren. Es wird auf die großen Veränderungen verwiesen, die sich im Aufstieg der Schwellenländer ebenso ausdrücken wie in der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch in den neuen digitalen Kommunikationstechniken. Sie machen die internationalen Abhängigkeiten deutlich, die ein verantwortliches Handeln auf internationaler, kontinentaler, nationaler und regionaler Ebene erfordern. Es ist der Anspruch der Eine-Welt-Strategie, hierfür den wertemäßigen und politischen Orientierungsrahmen des Landes zu setzen.

Das zweite Kapitel ordnet Nordrhein-Westfalen als Akteur in diesen Kontext ein. Eine-Welt-Politik wird als Querschnittsaufgabe definiert, die den Prinzipien der Nachhaltigkeit und globalen Gerechtigkeit verpflichtet ist und auch als Beitrag zu einer künftigen Nachhaltigkeitsstrategie des Landes zu verstehen ist. Entwicklungszusammenarbeit wird als nur ein Aspekt einer umfassenden Eine-Welt-Politik benannt. Eine-Welt-Politik wird zugleich als Beitrag zur Wahrnehmung der eigenen Interessen verstanden.

Das Papier betont hier die besonderen Kompetenzen des Landes mit seiner hohen Dichte entsprechender wissenschaftlicher Einrichtungen, dem UN-Standort Bonn, den vielen international tätigen Wirtschaftsunternehmen und der großen Vielfalt an zivilgesellschaftlichen Organisationen. Es bekräftigt den Willen zu Kooperation, Austausch und gemeinsamem Lernen. So weit – so gut.

Die Schwerpunktsetzung der Eine-Welt-Politik des Landes

Auf sechs strategische Handlungsfelder will die Landesregierung ihre Anstrengungen konzentrieren: Bildung und Jugend, Wissenschaft und Forschung, Klimaschutz, Wirtschaft, Gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln, Bürgergesellschaftliches Engagement. Die Auswahl wird damit begründet, dass diese Handlungsfelder den besonderen Kompetenzen und der rechtlichen Zuständigkeit des Landes entsprechen.

Die Konzentration auf wesentliche Handlungsfelder ist grundsätzlich nicht zu kritisieren. Trotzdem wäre es gut gewesen, deren strategischen Charakter herauszuarbeiten und zu begründen, warum es gerade diese Handlungsfelder sind, auf die sich die Strategie konzentrieren soll, und warum nicht auch andere, zum Beispiel Kultur und Umweltschutz.

Innerhalb der einzelnen Handlungsfelder ist die Beschreibung ihrer jeweiligen Bedeutung mehr allgemeiner Natur und hat manchmal eher den Charakter überhistorischer Wahrheiten, als dass eine Analyse der tatsächlichen konkreten Potenziale des Landes erfolgt, sowie der Probleme, die uns an deren Wahrnehmung hindern, und der Wege und Mittel, diese Probleme zu überwinden.

Die einzelnen Handlungsfelder

Der Abschnitt zu „Bildung und Jugend“ (3.2) nimmt grundsätzlich Bezug auf das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung und das darin enthaltene globale und interkulturelle Lernen. Allerdings weist die Formulierung, dass sich Nachhaltigkeitskompetenzen vor allem aus „Zusammenarbeit und Austausch mit ausländischen Partnern“ ergeben, auf ein viel zu enges Verständnis der Aufgabe hin. Es ist erfreulich, dass berufliche Bildung erwähnt wird, aber sie wird leider vor allem als Exportartikel gesehen. Sie bedarf dringend der Integration des globalen Lernens, um auch die dort lernenden Menschen zu befähigen, in der globalisierten Welt zurechtzukommen.

Im nächsten Abschnitt (3.3) wird herausgestellt, dass Wissenschaft und Forschung der Klärung von globalen Nachhaltigkeitsfragen dienen und erforderliches Wissen in die Gesellschaft vermitteln. Die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen des Landes sind zugleich wichtige Akteure in den internationalen Beziehungen zu Hochschulen in mehr als 100 Ländern. Beides dient sowohl den Entwicklungsanliegen der Partnerländer wie den eigenen Interessen. Als Ziel wird auch formuliert, den Studienerfolg ausländischer Studierender zu verbessern – ein außerordentlich wichtiges Anliegen, da immerhin etwa 50 Prozent der Studierenden aus Entwicklungsländern bei uns keinen Studienabschluss erreichen.

Im Bereich des Klimaschutzes (3.4) sieht das Strategiepapier eine besondere Verantwortung des Landes, weil Nordrhein-Westfalen der zentrale Energiestandort Deutschlands ist. Mit dem Klimaschutzgesetz und mit der hiesigen Entwicklung, Erprobung und Anwendung von Techniken der erneuerbaren Energien nehme das Land eine Vorreiterrolle ein. Die Forcierung des eigenen Klimaschutzes und der verstärkte

ND ES N O R D R H E I N - W E S T F A L E N

Foto: Kobes, Fotolia

Einsatz erneuerbarer Energien sollen auch mit entsprechenden Aktivitäten in Partnerländern verbunden werden. Ein verbindliches Post-Kyoto-Abkommen soll unterstützt werden.

Im Abschnitt „Wirtschaft“ (3.5) wird ein Bekenntnis zur „Green Economy“ abgelegt, wie sie die Rio+20-Konferenz formuliert hat. Als Deutschlands leistungsstärkster Wirtschaftsraum mit dem Strukturwandel zu einem Dienstleistungs-, Wissens- und Innovationsstandort habe Nordrhein-Westfalen das Potenzial zu einer Vorreiterrolle. Es folgt noch das Bekenntnis, dass „ungewünschte, negative Auswirkungen“ unseres Konsumverhaltens und unserer Produktionsweise auf die Entwicklungs- und Schwellenländer „durch nachhaltiges Wirtschaften und Konsumieren“ „gemindert“ werden sollen. Hier werden vor allem der faire Handel und das Tarifreue- und Vergabegesetz des Landes herausgestellt.

Das ist eine sehr schwache Position zu den globalen ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemen der gegenwärtigen Wirtschaftsweise. Die Definitionsprobleme, die uns der Rio-Formelkompromiss mit dem Begriff der „Green Economy“ beschert hat, können sicherlich in einem solchen Strategiepapier nicht gelöst werden. Es wäre aber möglich gewesen, ein deutlich klareres Bekenntnis zu einer Wirtschaftsweise abzulegen, die nicht auf dem weiteren oder gar wachsenden Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen und auf internationaler Gerechtigkeit beruht.

Der Abschnitt enthält auch ein Bekenntnis zur Rolle von Wirtschaftsunternehmen als Entwicklungsakteuren, die damit zugleich neue Absatzmärkte und internationale Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, zur Unternehmensverantwortung sowie zu einem gerechten Welthandelssystem und dem Abbau von Handelshemmnissen „insbesondere auch mit Schwellen- und Entwicklungsländern“.

Im Abschnitt „Gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln“ (3.6) wird herausgestellt, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln im nationalen wie internationalen Rahmen „essenziell“ sind „für eine nachhaltige, menschenwürdige Entwicklung“. NRW empfehle sich als Anbieter entsprechender Expertise. Das ist eine starke Einschränkung der „good governance“ auf einen Gegenstand der Entwicklungszusammenarbeit. Regierungs- und Verwaltungshandeln bei uns hat aber viele direkte und indirekte Auswirkungen auf die Entwicklungsbedingungen – wo immer auf der Welt. Die Nicht-Anerkennung ausländischer Ausbildungs- und Studienabschlüsse in Deutschland etwa oder entwürdigende Umgangsweisen mit Flüchtlingen sind durchaus Probleme auch unseres Regierungs- und Verwaltungshandelns.

Gut ist in diesem Abschnitt sicherlich das grundsätzliche Bekenntnis zu Partnerschaften mit Kommunen und Verwaltungen in Entwicklungsländern. Konkrete Instrumente zu deren erfolgreicher Gestaltung oder Förderung werden allerdings nicht genannt.

Im Abschnitt „Bürgerschaftliches Engagement“ (3.7) wird schließlich die hohe Zahl der Eine-Welt-Organisationen in NRW herausgestellt. Von besonderer Bedeutung sind hier für die Landesregierung „Initiativen zur Bekämpfung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit“. Das ist selbstverständlich ein wichtiges Anliegen, aber warum es in dieser Weise betont wird, ist nicht nachvollziehbar.

Es wird auch herausgestellt, dass NRW „verglichen mit anderen Bundesländern, den höchsten Anteil an Menschen afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Herkunft (besitzt) und damit eine hohe interkulturelle Kompetenz, die es im Sinne gemeinsamer Inte-

ressensverwirklichung mit unseren Partnern zu nutzen gilt“. Auch das ist eine Verengung der Sichtweise auf Fragen der Entwicklungszusammenarbeit. Die Präsenz von Einwanderern aus anderen Kontinenten ist eine Folge der Globalisierung und eine gesellschaftliche Herausforderung, die wir unabhängig von Fragen der Entwicklungszusammenarbeit hier lösen müssen und wollen. Insgesamt sind interkulturelle Aspekte in dem gesamten Strategiepapier stark unterrepräsentiert.

Zivilgesellschaftliches Engagement wird als „Unterstützung“ der Politik gedeutet, die „globale Solidarität (...) nicht allein“ erreichen könne. „Wichtig bleibt in diesem Zusammenhang ein offener und partnerschaftlicher Dialog mit der Zivilgesellschaft und den zahlreichen Verbänden, der Wissenschaft und Wirtschaft sowie vor allem mit denjenigen, die direkt im Eine-Welt-Bereich tätig sind.“ Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft werden es eher anders herum sehen: Staat und Politik sollen die Aktivitäten von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft unterstützen, unter anderem, indem sie den dafür erforderlichen Rahmen setzen.

Fazit

Das Strategiepapier wird für die Entwicklung der Internationalität des Landes eine nur marginale Rolle spielen. Es wird bestenfalls in der Politik und Verwaltung als Referenz dienen für Dinge, die die verschiedenen Ressorts sowie so machen wollen. Eine Strategie des Landes – also ein politisch-strategischer Rahmen, in dem sich die verschiedenen Akteursgruppen in ihren Potenzialen, Problemen und Anliegen der internationalen Abhängigkeiten und Kooperationen wiedererkennen – ist es schon gar nicht. Schade.

Eberhard Neugebohm



Fotos: Multivision

Fair Future

Bildungsprojekt erreicht 500.000 Schüler

Unser ökologischer Fußabdruck ist zu groß. Diesen Satz würde jeder, der sich ein wenig mit ökologischen Zusammenhängen und insbesondere mit dem Klimawandel befasst, vermutlich sofort unterschreiben. Aber was genau bedeutet „ökologischer Fußabdruck“? Wodurch entsteht er, und was an unserer Lebensweise müssen wir ändern, um eine global nachhaltige Entwicklung zu gestalten?

Antworten auf diese Fragen geben die multimedialen Veranstaltungen des Bildungsprojektes „Fair Future – Der Ökologische Fußabdruck“, das der Verein Multivision gemeinsam mit dem BUND Nordrhein-Westfalen, Oxfam Deutschland und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie entwickelt und durchgeführt hat. Ausgangspunkt war die Vorstellung, dass alle Menschen weltweit so leben und so viele Ressourcen verbrauchen wie wir in Deutschland. Die drei Planeten, die dafür benötigt würden, stehen – zumindest auf absehbare

Zeit – nicht zur Verfügung. Also müssen wir gegensteuern, müssen selber aktiv werden.

Wichtige Inhalte ansprechend vermitteln – diesen eigenen Anspruch hat Multivision mit „Fair Future“ umgesetzt. Die 45-minütige, moderierte und weitgehend in HD-Format erstellte Präsentation stimmt die Zuschauer zu Beginn der Unterrichtsveranstaltung mit beeindruckenden Bildern und Soundeffekten auf das Thema ein. Anschließend vertiefen die Schüler ab Jahrgangsstufe 5 in Diskussionen, Workshops und Spielen Fragen nach Ernährung, Konsum, Mobilität, Wohnen sowie sozialer Verantwortung und bringen dabei eigene Erfahrungen ein. Die beteiligten Lehrerinnen und Lehrer werden mit umfangreichem Zusatzmaterial unterstützt.

„Fair Future“ war drei Jahre lang deutschlandweit auf Tour und besuchte dabei rund 1.000 weiterführende Schulen mit über 500.000 Schülerinnen und Schülern. Auf der nordrhein-

westfälischen Abschlussveranstaltung am 8. Februar am Victoria-Gymnasium in Essen wurde die Gesamtzahl von 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus NRW erreicht.

Das Projekt hat Jugendliche dazu animiert, globale Zusammenhänge zu hinterfragen, zu begreifen und ihre Zukunft selber in die Hand zu nehmen – individuell, aber auch in Schulprojekten und gemeinsamen öffentlichen Aktionen. Dafür wurde „Fair Future“ mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Fairtrade-Award in der Kategorie „Zivilgesellschaft“, den der Verein TransFair jährlich vergibt. Die Stiftung hat das nordrhein-westfälische Teilprojekt der bundesweiten Kampagne mit 173.800 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen unter www.fairfuture.net, www.multivision.info sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5125

Global Media Forum „Die Zukunft des Wachstums“

Stiftung kooperiert mit Deutscher Welle

Seit 2008 veranstaltet die Deutsche Welle in Bonn jährlich das Global Media Forum. Die dreitägige Veranstaltung bringt Medienvertreter aus aller Welt mit Akteuren aus Politik, Kultur, Wirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Wissenschaft zusammen. Gemeinsam beschäftigen sie sich mit Herausforderungen der Globalisierung, bei denen Medien eine zentrale Rolle spielen.

Das Global Media Forum erfreut sich wachsender Beliebtheit, im letzten Jahr nahmen rund 2.000 Besucher aus 135 Ländern teil. Kaum vertreten waren bisher allerdings die nordrhein-westfälischen Nichtregierungsorganisationen, obwohl die Themen des Global Media Forum durchaus eine hohe Relevanz für ihre Arbeit haben. Um die NRO besser zu erreichen und die Attraktivität der Veranstaltung für die Zivilgesellschaft zu erhöhen, hat die Deutsche Welle die Stiftung gebeten, sich in diesem Jahr als Kooperationspartner am Global Media Forum zu beteiligen.

Die Veranstaltung findet vom 17. bis 19. Juni 2013 statt und steht unter dem Motto „Die Zukunft des Wachstums – Wirtschaft, Werte und die Medien“. Als thematische Schwer-

punkte sind vorgesehen: Global Governance für nachhaltige Entwicklung; Wachstum für alle; Wirtschaft und Umwelt; Auf dem Weg zu sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Gleichheit; Die Rolle der Medien für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Die Stiftung beteiligt sich an der Gestaltung des Programms und wird selbst drei Workshops organisieren, in Zusammenarbeit mit dem Global Policy Forum Europe, der Friedrich-Ebert-Stiftung, Terre des Hommes, dem Eine Welt Netz NRW sowie dem BUND mit seinem internationalen Dachverband „Friends of the Earth“.

Um die Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen auch praktisch zu fördern, erwägt die Stiftung, die (ohnehin reduzierten) Teilnahmekosten für nordrhein-westfälische NRO-Vertreter noch einmal zu subventionieren. Sie würden dann 50 statt 95 Euro betragen. Ob und wie dies gegebenenfalls geschehen kann, wird im März geklärt.

→ Weitere Informationen zum Global Media Forum 2013 und zur Anmeldung unter www.dw-gmf.de.



Finanzierung von EpIB wechselt

NRW-Programm wird aus Mitteln der Stiftung bezahlt



Die allgegenwärtigen Sparmaßnahmen der staatlichen Einrichtungen waren das Schwerpunktthema unseres letzten Rundbriefs. Nun hat es auch das NRW-Programm „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“, kurz: EpIB, erwischt. Aus Gründen der Haushaltskonsolidierung kann diese Finanzierung von Kleinprojekten ab 2013 nicht mehr aus dem Etat der Landesregierung erfolgen. Dennoch bleibt das Förderangebot erhalten, unsere Stiftung übernimmt die Finanzierung im Umfang von 250.000 Euro.

Das Verfahren bei Antragstellung und Abrechnung bleibt in diesem Jahr im Wesentlichen das gleiche wie in der Vergangenheit. Zuständig für die Vergabe und die Prüfung der verwendeten Fördergelder ist weiterhin die

Außenstelle NRW von Engagement Global in Düsseldorf.

Eine Förderung aus EpIB-Mitteln können Nichtregierungsorganisationen beantragen, aber auch Schulen oder Schulklassen. Förderfähig sind Aktivitäten zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit, etwa öffentliche Workshops und Tagungen, Schulungen und Öffentlichkeitsarbeit. Die maximale Fördersumme beträgt 5.000 Euro, der Eigenanteil muss mindestens 20 Prozent der gesamten Projektkosten betragen.

→ Weitere Informationen zu EpIB unter www.engagement-global.de/angebote-a-z.html



Foto: National Archives, US Army Signal Corps

WAS WURDE AUS ...

den Projekten zum Thema „Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“?

Kaum ein historisches Ereignis dürfte so umfassend erforscht sein wie der Zweite Weltkrieg. Die Geschichte der Soldaten aus Afrika, Asien und Ozeanien allerdings, die sowohl von den faschistischen Achsenmächten als auch von den Alliierten in ihren Kolonien rekrutiert wurden, wurde lange Zeit von der Geschichtswissenschaft ignoriert.

Wer weiß schon, dass rund 2,5 Millionen Kolonialsoldaten aus Indien in den Krieg geschickt wurden? Dass Mussolini bereits 1935 in Ostafrika seine imperialen Träume verwirklichen wollte und mit 300.000 Invasoren eine 250.000 Mann starke äthiopische Armee besiegte? Dass die Kolonien Nahrungsmittel und Rohstoffe für die Kriegsmächte bereitstellen mussten, weshalb die heimische Bevölkerung Hunger litt? Seit beinahe 20 Jahren arbeiten das (Ende 2011 aufgelöste) Rheinische Journalistenbüro und der Kölner Verein Recherche International daran, diese und andere historische Leerstellen zu füllen.

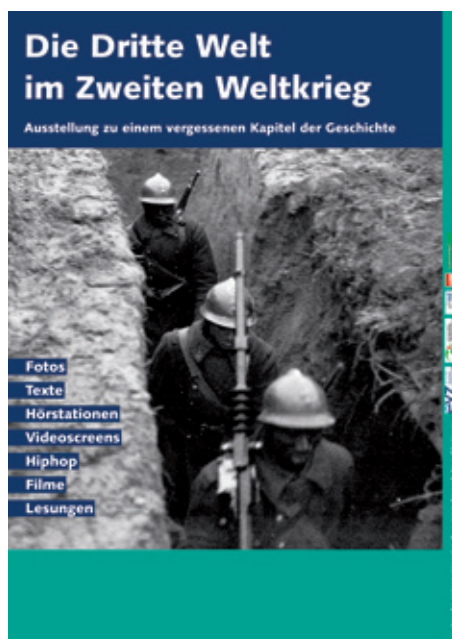
Nach zehn Jahren intensiver und komplizierter Recherche erschien 2005 unter dem Titel „Unsere Opfer zählen nicht. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“ das erste deutschsprachige Buch zu diesem bislang vernachlässigten Thema. Das Buch wurde im Juli 2005 zum Sachbuch des Monats gekürt und erhielt glänzende Kritiken. Rezensenten der Frankfurter Rundschau und der Militärgeschichtlichen Zeitschrift schrieben von einem „Grundlagenwerk“, Karl Heinz Roth nannte das Buch in Sozial.Geschichte einen „großartigen Vorgriff auf die künftig zu schreibende globale Sozialgeschichte des Zweiten Weltkriegs aus der Perspektive von unten“. 2012 ist die vierte Auflage erschienen.

Um auch Jugendliche für die Thematik zu interessieren, regte die Stiftung die Erstellung von Unterrichtsmaterialien an. So entstand 2007 eine umfangreiche Materialsammlung mit Hintergrundtexten, historischen Quellen und Zeitzeugenberichten. Fotogalerien, Zeitafeln, Karten und persönliche Erinnerungen von Kriegsteilnehmern machen das Thema für die heutige Schülergeneration anschaulich. Nachdem die erste Ausgabe der Materialien vergriffen war, erschien im November 2012 eine zweite, erweiterte und korrigierte Auflage.

Ein weiteres Ergebnis der Arbeit von Recherche International ist die Wanderausstellung „Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“. Sie hatte am 1. September 2009, 70 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs in Europa, in Berlin Premiere. Die Ausstellung ist seither durch viele deutsche und schweizerische Städte getourt und steht, in einer speziellen Version, auch Schulen oder außerschulischen Bildungsorten zur Verfügung.

Die Ausstellung mit 96 Tafeln, drei Leinwänden sowie drei Video- und zehn Hörstationen ist noch bis zum 7. April im Historischen Museum in Frankfurt am Main zu sehen. Danach stehen Hamburg, Potsdam und Straßburg auf dem Programm. Für 2014 sind wieder Termine in Nordrhein-Westfalen geplant. Die Stiftung hat Buch, Unterrichtsmaterialien sowie die Ausstellung in den letzten zehn Jahren mit insgesamt rund 267.000 Euro gefördert.

- ➔ Sämtliche Materialien sowie viele weiterführende Informationen sind auf der Projektwebsite www.3www2.de zu finden.
- ➔ In der Datenbank der Stiftung sind die Projekte unter E-4101, E-4411, E-4612 sowie E-4725 aufgeführt.



Ausstellungsplakat

Neu geförderte Projekte

16. November 2012 bis 15. Februar 2013

Fördervolumen: 1.113.573 €

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten, ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich (E = Entwicklung, U = Umwelt, Z = fachübergreifende Themen).

→ Weitere Informationen in der Projektdatenbank auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de

Fachtagung „Weibliche Genitalbeschneidung“ stop mutilation e. V. Fachtagung für medizinisches Fachpersonal (z. B. Kinderärzte, Gynäkologen) zum Thema weibliche Genitalverstümmelung; außerdem soll ein Handlungsleitfaden erstellt werden.	1.11.2012–31.10.2013 E-4819 16.000 €	Saatgutfestival März 2013 Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt e. V. Veranstaltung zu den Themen: Erhaltung von Nutz- und Wildpflanzen, Gentechnik, Schulgärten, Patente und regionale Obstsorten.	1.2.2013–30.4.2013 U-3506 2.400 €
Sozial gerechte Vergabe konkret Eine Welt Netz NRW e. V. Das Thema nachhaltige öffentliche Beschaffung in NRW soll u. a. durch Veranstaltungen, Beratungen, Musterausschreibungen und Vernetzung von Akteuren vorangebracht werden.	1.1.2013–31.12.2014 E-4822 152.477 €	NAJU-Regionalbetreuer in NRW Naturschutzjugend NRW e. V. Der Projektträger möchte durch Schulungen und Vernetzung sein Modellprojekt „NAJU-Regionalbetreuer in NRW“ in weiteren Regionen ausbauen und verstetigen.	1.3.2013–28.2.2015 U-3507 82.200 €
Fairer Kreis Steinfurt Aktionsgemeinschaft Humane Welt e. V. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden durch Information, Beratung und Vernetzung unterstützt, sich dafür zu engagieren, dass der Kreis Steinfurt zum Fairtrade-Kreis wird.	1.2.2013–31.1.2015 E-4825 40.300 €	Für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima Internat. Bildungs- und Begegnungswerk In mehreren Städten in NRW werden im April 2013 „Europäische Aktionswochen für eine Zukunft nach Tschernobyl und Fukushima“ veranstaltet.	1.3.2013–31.7.2013 U-3511 41.546 €
Blüten-Netzwerk für den Bielefelder Norden Ravensberger LichtLandschaften e. V. Ziel ist die Ausweitung einer artenreichen Kulturlandschaft in Kooperation mit Bürgern und Verwaltung; vorgesehen sind u. a. Pflege/Gestaltung, Umweltbildung, Öffentlichkeitsarbeit.	1.1.2013–31.12.2014 U-3495 39.515 €	NIJAMBO – Energie für die Zukunft Aktions- und Spielpädagogik Dortmund e. V. Die Dauerausstellung im Dortmunder Kindermuseum „Mondo mio!“ wird durch einen neuen Schwerpunkt zum Thema Energie ergänzt.	1.3.2013–31.12.2014 Z-5189 87.000 €
Big FIVE – Eine Wissensjagd zur Biodiversität Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. Projekt für Schüler und Jugendliche; geplant sind u. a. Artensteckbriefe zu fünf heimischen Tierarten und weitere Lehrmaterialien, Biodiversitätstage, Dokumentation.	1.1.2013–30.6.2014 U-3496 80.072 €	Ernährung mal ganz anders ART at WORK e. V. 40 Schülerworkshops zu verschiedenen Aspekten des Themas Ernährung, mit praktischer Arbeit in öffentlichen Gärten; Dokumentation in Form eines Film und einer Ausstellung.	1.1.2013–31.12.2014 Z-5204 85.160 €
Kölnler Sonntag der Nachhaltigkeit Institut Cultura21 e. V. 62 Kölner Organisationen engagieren sich für die Einführung eines jährlichen autofreien Sonntags in Köln, an dem Veranstaltungen zu Nachhaltigkeitsthemen stattfinden.	1.1.2013–31.12.2013 U-3497 9.800 €	BildungsBags für eine andere Ernährung Welthaus Bielefeld e. V. Entwicklung von Unterrichtsmaterialien zum Themenkomplex Gesunde Ernährung und Globales Lernen. Die „BildungsBags“ enthalten u. a. CDs, Spiele, Puzzles und Fotokarten.	2.1.2013–31.10.2014 Z-5225 45.900 €
Natur in Graue Zonen Wissenschaftsladen Bonn e. V. Kampagne zur naturnahen Begrünung innerstädtischer Gewerbeflächen; in drei Modellstädten wird eine Kooperation von Unternehmen und Bürgern initiiert und begleitet.	1.3.2013–29.2.2016 U-3501 60.000 €	Zukunftsgerechtigkeit Post-2015 Global Policy Forum Europe e. V. Das Projekt befasst sich mit einer zukünftigen Entwicklungsagenda und dem Rio-Folgeprozess. Geplant sind u. a. Veranstaltungen und Publikationen.	1.4.2013–31.12.2015 Z-5226 73.325 €
Naturnahes Lernen im lokalen Umfeld Förderverein Wasser und Naturschutz Arche Noah e. V. Mitarbeitende von Schulen und Kindergärten werden angeleitet, ihr natürliches Umfeld als Lernort zu nutzen. Projektangebote sind u. a. Unterrichtskonzepte, Materialien und Fortbildungen.	1.3.2013–31.12.2013 U-3502 25.000 €	Hinterm Tellerrand beginnt die Welt OroVerde – Die Tropenwaldstiftung Der Projektträger erprobt gemeinsam mit zwei Kindergärten Praxisprojekte zum Thema Nachhaltige Entwicklung, mit dem Schwerpunkt tropische Wälder, und entwickelt Materialpakete.	1.3.2013–31.12.2013 Z-5228 31.308 €
Klimastation Südwestfalen Tourismus- & Kneipp-Verein Hilchenbach e. V. Machbarkeitsstudie und Konzeptentwicklung zur möglichen Einrichtung einer Lernwerkstatt zu Klimawandel und -schutz im Kreis Siegen-Wittgenstein.	15.12.2012–15.6.2013 U-3503 22.225 €	Fachforen zur FAIR 2013 und 2014 Eine Welt Netz NRW e. V. Organisation von Fachforen im Rahmen der „FAIR – Messe zum Fairen Handel“ 2013 und 2014. Themen sind u. a: faire Reisen, faire Schülerfirmen, nachhaltige Beschaffung.	1.2.2013–31.10.2014 Z-5230 69.302 €
Regional mit Qualität Bundesverband der Regionalbewegung e. V. Regionalvermarktungsinitiativen, die einer klima- und umweltbewussten Produktion verpflichtet sind, werden vernetzt und unterstützt. Außerdem wird eine Auszeichnung „Regional mit Qualität“ entwickelt.	1.1.2013–31.12.2014 U-3504 75.792 €	Agrosprit und die Folgen für Nicaragua Informationsbüro Nicaragua e. V. Info-Veranstaltungen und eine Publikation zur Produktion von Agrar-Kraftstoffen in Nicaragua und den ökologischen und ökonomischen Auswirkungen.	1.3.2013–31.8.2013 Z-5234 21.400 €
Kompetenznetzwerk „Schule als Garten“ BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Projektziel ist der Aufbau eines Kompetenznetzwerks, das Kölner Schulen bei der Einrichtung und Umgestaltung von Schulgärten und Schulflächen unterstützt.	1.3.2013–28.2.2015 U-3505 43.100 €	Perspektive CARE 2015 CARE Deutschland-Luxemburg e. V. Unterstützt durch externe Beratung wird eine Organisationsstrategie entwickelt, um die Zukunftsfähigkeit des Vereins zu sichern.	22.1.2013–20.3.2013 O-2314 9.751 €

HINWEISE

Studie Naturbewusstsein in Deutschland

Zum zweiten Mal haben das Bundesumweltministerium und das Bundesamt für Naturschutz eine Studie zum Naturbewusstsein in Deutschland veröffentlicht. Gute Anregungen für die Arbeit von Naturschutzorganisationen bieten insbesondere die aus den Ergebnissen abgeleiteten Empfehlungen. Die Studie beruht auf einer repräsentativen Befragung von rund 2.000 Personen. Sie umfasst vier Themenbereiche: Gesellschaft in Transformation; Landschaft im Wandel – Naturgefährdung und Naturschutz; Das gute Leben mit der Natur; Herausforderung – Die Erhaltung der biologischen Vielfalt.

→ Bestellung/Download auf der Internetseite des Bundesumweltministeriums www.bmu.de, unter „Service“

Infobroschüre Papier: Wald und Klima schützen

Eine neue Broschüre des Forums Ökologie & Papier bietet einen guten Überblick über die Zusammenhänge von Papier und Umwelt. U. a. beschreibt sie den Einfluss des Papierverbrauchs auf Waldökosysteme und Klima und vergleicht die ökologischen Folgen von konventioneller und Recyclingpapier-Produktion. Informationen zu den unterschiedlichen Umweltzeichen und praktische Tipps zeigen, wie jeder Einzelne im täglichen Umgang mit Papier zum Wald- und Klimaschutz beitragen kann. Besonderer Pfiff der Publikation: Sie ist auf fünf unterschiedlichen Recyclingpapiersorten gedruckt und somit ein kleines „Musterbuch“ für verschiedene Weißgrade, Grammaturen und Papieroberflächen.

→ Bestellung/Download beim Umweltbundesamt unter www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4371.html

Report „Globale Nachhaltigkeitsziele“

Unter dem Schlagwort „Post-2015-Entwicklungsagenda“ haben intensive Debatten über Prioritäten, Konzepte und Strategien von Entwicklungspolitik begonnen. Zugleich wurde bei der Rio+20-Konferenz beschlossen, für sämtliche Länder der Welt Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) zu formulieren, die alle drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung – Ökonomie, Ökologie und Soziales – berücksichtigen.

Das Global Policy Forum Europe und terre des hommes haben aus diesem Anlass einen Report veröffentlicht, der einen Überblick über die aktuellen Diskussionen zur Zukunft der Millenniumsziele und zu den Perspektiven neuer SDGs gibt. Skizziert werden außerdem mögliche Konturen eines integrierten Systems globaler Nachhaltigkeitsziele. Der Report ist Teil des Projektes „Perspektivwechsel 2012“, das von unserer Stiftung mit 40.000 Euro gefördert wird.

→ Bestellung und Download unter www.globalpolicy.org/aktuell.html

Studie Wertschöpfungskette von Mobiltelefonen

Nach den Studien zu Schokolade und Bananen nimmt das Südwind-Institut in einer neuen Studie die Wertschöpfungskette von Mobiltelefonen unter die Lupe. Die Analyse reicht vom Abbau der Erze über die Verarbeitung der Metalle zu einzelnen Komponenten bis hin zur Fertigung der Endgeräte, deren Verkauf und deren Entsorgung. Dabei zeigt sich, dass mit den verschiedenen Produzenten, den Netzbetreibern und auch den Kunden unterschiedliche Instanzen für die Behebung der Missstände mitverantwortlich sind. Die Studie wird ergänzt durch ein Fact-Sheet, das als Grundlage für die Gestaltung von Unterrichtsstunden dienen kann.

→ Bestellung und Download unter www.suedwind-institut.de



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

17. Landeskonferenz Eine Welt Netz NRW Nur noch kurz die Welt retten

Nur noch kurz die Welt retten – neu denken, fair leben, nachhaltig wirtschaften: So lautet das Motto der diesjährigen Landeskonferenz des Eine Welt Netz NRW, die am 15./ 16. März in Münster stattfindet. Schwerpunktthemen sind die Postwachstumsökonomie, Ansätze für global gerechte Lebensformen und die Sustainable Development Goals. In Workshops werden aktuelle Themen vertieft, u. a. Faire Beschaffung, Klimaschutzplan NRW, Globale Entwicklungsziele, entwicklungspolitische Inlandsarbeit. Geplant sind außerdem Exkursionen, z. B. in die Klimaschutzgemeinde Saerbeck. Die Konferenz findet in der Katholisch-sozialen Akademie Franz Hitze Haus statt.

→ Mehr Infos unter www.eine-welt-netz-nrw.de

Workshop Antragstellung und Verwendungsnachweis – Gewusst wie!

Es sind noch einige Plätze frei bei unserem Antragsteller-Workshop am 13. Mai in Bonn.

Ist unsere Organisation antragsberechtigt? Welche Informationen muss der Förderantrag enthalten? Wie mache ich eine Projektabrechnung? Diese und weitere Fragen möchten wir Ihnen in unseren Workshops beantworten.

Bitte senden Sie Ihre Anmeldung per Post oder Fax an uns oder senden eine E-Mail an iris.gause@sue-nrw.de.

Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei.

IMPRESSUM

Ausgabe März 2013

Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen

Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebohn
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski
Gestaltung: art_work_buero, Köln
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn

Die nächsten „Resultate“ erscheinen im Juni 2013.
Auf Wunsch verschicken wir den Rundbrief auch per E-Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an info@sue-nrw.de